

S2 Geschäftsordnung

Antragsteller*in: Heinrich Rödel

Tagesordnungspunkt: 6. Geschäftsordnungs- und Satzungsänderunganträge

Antragstext

- 1 Präambel
- 2 Diese Geschäftsordnung enthält ergänzende Regelungen zu der Satzung der GRÜNEN
- 3 JUGEND
- 4 Sachsen und wurde am 28. Oktober 2007 durch die Landesmitgliederversammlung in
- 5 Leipzig
- 6 beschlossen. Zuletzt wurde sie geändert in gültiger Fassung am 22. Juni 2018 auf
- 7 der
- 8 Landesmitgliederversammlung in Chemnitz. Diese Geschäftsordnung kann nur mit
- 9 absoluter
- 10 Mehrheit durch die Landesmitgliederversammlung beschlossen, geändert oder
- 11 aufgehoben werden.
- 12 §1 Geltungsbereich
- 13 (1) Die Regelungen der Geschäftsordnung gelten für die
- 14 Landesmitgliederversammlung der
- 15 GRÜNEN JUGEND Sachsen.
- 16 (2) Die Regelungen gelten zudem in allen Gremien, Organen und Kommissionen der
- 17 GRÜNEN
- 18 JUGEND Sachsen, soweit keine spezielleren Regelungen getroffen wurden.
- 19 §2 Tagesleitung
- 20 (1) Die Landesmitgliederversammlung wählt zu Beginn der Versammlung eine
- 21 Tagesleitung. Sie
- 22 soll mindestens zur Hälfte aus Frauen*, Inter- und Trans*-Personen bestehen. Die
- 23 Wahl der
- 24 Tagesleitung erfolgt in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit. Eine
- 25 konstruktive Abwahl
- 26 kann jederzeit mit absoluter Mehrheit vorgenommen werden.
- 27 (2) Die Tagungsleitung leitet die Sitzung, nimmt inhaltliche Anträge und Anträge
- 28 zur
- 29 Geschäftsordnung entgegen, befindet über deren Zulässigkeit, führt eine
- 30 Redeliste, erteilt und
- 31 entzieht das Wort und leitet die Wahlen.
- 32 (3) Während der Wahlgänge dürfen keine Wahlbewerber*innen der Tagesleitung
- 33 angehören.
- 34 (4) Die Tagesleitung trägt für den ungestörten Ablauf der Versammlung Sorge und
- 35 kann Personen,
- 36 die den Fortgang der Versammlung erheblich und auf Dauer stören von der
- 37 Versammlung
- 38 ausschließen. Liegt das Hausrecht im Bereich der Grünen Jugend Sachsen, übt die
- 39 Tagesleitung es
- 40 aus.
- 41 (5) Die Tagesleitung führt eine Redeliste. Redelisten sind grundsätzlich

42 quotiert zu führen und
43 Redebeiträge hart zu quotieren. Somit endet die Debatte oder Aussprache nach dem
44 letzten
45 Redebeitrag einer Frau*, Inter- oder Trans*-Person.
46 (6) Bei offenen Debatten und Diskussionen ist eine doppelt-quotierte Redeliste
47 (nach Erstredner*innen und nach fit*/offen)zuführen. Meldet sich eine Person,
48 die
49 bisher keinen Wortbeitrag in einer Debatte hatte, wird diese Person direkt
50 vorgezogen. Erstrednerinnen* werden nochmals Erstrednern* vorgezogen.
51 (7) Auf Antrag zur Geschäftsordnung kann die Landesmitgliederversammlung mit
52 2/3-Mehrheit
53 beschließen, Redebeiträge weich zu quotieren. In diesem Fall ist nach jedem
54 Redebeitrag einer
55 männlichen Person das Rederecht somit an eine Frau*, Inter- oder Trans*-Person
56 zu vergeben,
57 sofern Meldungen vorliegen.

58 §3 Tagesordnung
59 Zu Beginn der Versammlung wird eine Tagesordnung mit absoluter Mehrheit
60 beschlossen. Sie kann
61 im weiteren Verlauf mit absoluter Mehrheit geändert werden. §4 Wahlen
62 (1) Personenwahlen finden nach demokratischen Wahlgrundsätzen grundsätzlich in
63 allgemeiner,
64 unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl statt.
65 (2) Auf Wahlen muss durch einen gesonderten Tagesordnungspunkt schon in der
66 Einladung zur
67 Landesmitgliederversammlung hingewiesen werden.
68 (3) Alle bereits eingegangenen Bewerbungen sind spätestens 48 Stunden vor Beginn
69 der
70 Landesmitgliederversammlung per E-Mail an die Mitgliedschaft auszusenden. Die
71 Veröffentlichung
72 von Bewerbungen auf der Internetseite der GRÜNEN JUGEND Sachsen ist nur mit
73 ausdrücklichem
74 Einverständnis der sich bewerbenden Personen zulässig.
75 (4) Zu Beginn einer Versammlung oder vor Eröffnung eines Wahlganges wird in
76 offener
77 Abstimmung eine Wahlkommission gewählt. Ihr gehören mindestens zwei Personen an.
78 Für die
79 Besetzung der Zählkommission besteht keine Quotierung. Der Wahlkommission darf
80 nicht
81 angehören, wer selbst Kandidat*in ist. Dies gilt für den gesamten Wahlgang eines
82 zu wählenden
83 Gremiums.
84 (5) Alle Bewerber*innen haben das Recht, sich den anwesenden Mitgliedern
85 vorzustellen. Das
86 Präsidium kann eine Redezeitbegrenzung vorschlagen.
87 (6) Die Mitglieder haben das Recht, den Bewerber*innen Fragen zu stellen. Fragen
88 können vor
89 Beginn der Vorstellung schriftlich eingereicht, oder nach der Vorstellung
90 mündlich gestellt werden.
91 (7) Die Mitglieder des Landesvorstandes werden in folgender Reihenfolge gewählt:
92 > Landessprecherin* (FIT*-Platz)
93 > Schatzmeister*in (offener Platz)

- 94 > Politische Geschäftsführer*in
95 > Landessprecher*in (offener Platz)
96 > Beisitzer*innen
97 (8) Wahlen finden im Mehrheitswahlverfahren statt. Bei Stimmengleichheit ist
98 eine Stichwahl
99 durchzuführen. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.
100 (9) Jedes stimmberechtigte Mitglied hat so viele Stimmen, wie Plätze zu vergeben
101 sind. Dabei darf
102 keiner zur Wahl stehenden Person mehr als einer der Stimmen gegeben werden.
103 (10) Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der abgegebenen
104 gültigen Stimmen
105 erhält. Erreicht im ersten Wahlgang keine Bewerber*in die absolute Mehrheit, so
106 kann ein zweiter
107 Wahlgang durchgeführt werden.
108 (11) Im zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die relative Mehrheit der abgegeben
109 gültigen Stimmen
110 erreicht. Erreicht auch im zweiten Wahlgang kein*e Bewerber*in die nötige
111 relative Mehrheit, so
112 bleibt das Amt unbesetzt.
113 (12) Wahlen in gleiche Ämter können in einem Wahlgang erledigt werden.
114 (13) Bei Delegiertenwahlen für z.B. LDK ist bereits im ersten Wahlgang eine
115 einfache Mehrheit
116 ausreichend. Unterlegene Mitbewerber*innen mit mindestens einer gültigen Stimme
117 sind als
118 Ersatzdelegierte gewählt.
119 (14) Es folgt die Wahl der Ersatzdelegierten, deren Zahl unbegrenzt ist. Als
120 Ersatzdelegierte*r
121 gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen
122 erhält.(15) Gibt es für ein Amt nur eine*n Bewerber*in, so ist mit „Ja“ und
123 „Nein“ oder „Enthaltung“ über
124 diese Person abzustimmen. Diese Person ist gewählt, wenn
125 • im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf „Ja“
126 entfällt, im zweiten
127 Wahlgang mehr „Ja“- als „Nein“-Stimmen abgegeben werden.
128 Werden im zweiten Wahlgang nicht mehr „Ja“- als „Nein“-Stimmen abgegeben, so ist
129 die
130 Bewerber*in abgelehnt.
131 (16) Die Landesmitgliederversammlung kann die Kandidatur einer Person um ein Amt
132 oder Mandat
133 in einer anderen Organisationen, insbesondere der Partei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
134 oder einer
135 ihr politisch nahestehenden Organisationen, mittels geheimer Abstimmung
136 politisch unterstützen,
137 indem sie dafür ein Votum vergibt.
138 (17) Bei Votesvergaben bestimmt die Landesmitgliederversammlung zunächst in
139 offener
140 Abstimmung die Anzahl der zu vergebenden Votes. Es findet eine Quotierung der
141 Votes Statt.
142 (18) Das Votum erhält, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen
143 erhält.
144 (19) Erlangt keine der Personen im ersten Wahlgang die relative Mehrheit, findet
145 eine zweite

- 146 Abstimmung zwischen den beiden Personen statt, die im ersten Durchgang die
147 jeweils meisten
148 Stimmen auf sich vereinigen konnten. Gewählt wird dann die Person mit der
149 absoluten Mehrheit
150 der Stimmen. Kann keine Person die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich
151 vereinigen, so reicht
152 im dritten Wahlgang eine einfache Mehrheit.
153 (20) Bei Stimmengleichheit kommt es auf Geschäftsordnungsantrag erneut zur
154 Aussprache. Darauf
155 folgt ein zweiter Wahlgang. Herrscht bei diesem ebenfalls Stimmengleichheit, so
156 erhält keine der
157 Bewerber*innen das Votum.
158 (21) Beim Wahlvorschlag für den Landesparteierrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN muss
159 die
160 absolute Mehrheit erreicht werden.
- 161 §5 Geschäftsordnungsanträge
- 162 (1) Jedes stimmberechtigte Mitglied kann nach jedem Redebeitrag einen Antrag zur
163 Geschäftsordnung stellen. Es zeigt dies durch Meldung mit beiden Händen an.
164 Während eines
165 Redebeitrages oder einer Abstimmung sind Geschäftsordnungsanträge nicht
166 zulässig.
- 167 (2) Anträge zur Geschäftsordnung können unter anderem sein:
- 168 • Antrag auf Schluss der Redeliste
 - 169 • Antrag auf sofortiges Ende der Debatte,
 - 170 • Antrag auf sofortige Abstimmung,
 - 171 • Antrag auf Vertagung,
 - 172 • Antrag auf Verweisung in ein anderes Gremium,
 - 173 • Antrag auf Redezeitbegrenzung,
 - 174 • Antrag auf offene Debatte,
 - 175 • Antrag auf weitere Redebeiträge (Ausgeglichen Pro und Contra),
 - 176 • Antrag auf nach Geschlechtern getrennte Redeliste
 - 177 • Antrag auf Aus-Zeit,
 - 178 • Antrag auf Ablösung der Tagungsleitung
 - 179 • Antrag auf ein FIT*Personenforum,
 - 180 • Antrag auf Nichtbefassung eines Antrages.
- 181 (3) Die Antragssteller*innen begründen ihren Antrag in einem Redebeitrag von
182 maximal zwei Minute. Daraufhin wird eine ebenso lange Gegenrede zugelassen.
183 Danach wird über den Antrag mit
184 einfacher Mehrheit entschieden. Meldet sich niemand zur Gegenrede, so gilt der
185 Antrag als
186 angenommen.
- 187 §6 Anträge
- 188 (1) Inhaltliche Anträge sollen nach Möglichkeit so rechtzeitig der
189 Landesgeschäftsstelle vorliegen,
190 dass sie allen Mitgliedern mit der Einladung zugeleitet werden können.
- 191 (2) Anträge müssen bis 72 Stunden vor Beginn der Versammlung eingereicht werden.
192 Dringliche
193 Anträge können von der Versammlung mit einfacher Mehrheit zugelassen werden. Als
194 Dringlichkeitsanträge gelten alle Anträge, die nicht bis 72 Stunden vor der
195 Versammlung
196 eingereicht wurden. Die Dringlichkeit muss begründet werden.
- 197 (3) Bis zur Abstimmung eines Antrages können Änderungs- und Ergänzungsanträge

198 gestellt
199 werden. Diese sind der Tagesleitung schriftlich vorzulegen.
200 (4) Anträge werden mit einfacher Mehrheit beschlossen. Bei Stimmengleichheit
201 kommt es auf
202 Geschäftsordnungsantrag zu erneuten Aussprache und einer zweiten Abstimmung.
203 Herrscht bei
204 dieser erneut Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.
205 (5) Über einen Antrag darf erst abgestimmt werden, wenn zuvor alle Änderungs-,
206 Ergänzungs- und
207 Alternativanträge behandelt wurden. Dabei wird in folgender Reihenfolge über die
208 Anträge
209 abgestimmt:
210 • Änderungs- und Ergänzungsanträge in einer sinnvollen Reihenfolge,
211 • Der gestellte Antrag (ggf. gegen Alternativanträge)
212 (6) Anträge werden in offener Abstimmung per Handaufheben abgestimmt. Auf Antrag
213 zur
214 Geschäftsordnung eines anwesenden Mitglieds ist eine Abstimmung geheim
215 durchzuführen. Bei
216 geheimen Abstimmungen gelten die demokratischen Wahlgrundsätze.
217 §6a Verfall von Beschlüssen
218 5 Jahre nach ihrem Beschluss verfallen einfache Beschlüsse.
219 §8 Frauen*, Inter- und Trans*-Personenforum
220 (1) Auf Antrag zur Geschäftsordnung können die an der Versammlung
221 stimmberechtigt
222 teilnehmenden Frauen*, Inter- und Trans*-Personen mit einfacher Mehrheit die
223 Einberufung eines
224 Frauen*, Inter- und Trans*-Personenforums beschließen.
225 (2) Das Frauen*, Inter- und Trans*-Personenforum tagt nichtöffentlich und unter
226 Ausschluss aller
227 weiteren Mitglieder. Im Anschluss sind die Entscheidungen den weiteren
228 Mitgliedern der
229 Versammlung mitzuteilen.
230 (3) Bei Anträgen, die formal oder inhaltlich das Selbstbestimmungsrecht von
231 Frauen*, Inter- oder
232 Trans*-Personen berühren oder von denen diese in besonderem Maße betroffen sind,
233 hat das
234 Frauen*, Inter- und Trans*-Personenforum das Recht, vor der Abstimmung der
235 Versammlung eine
236 gesonderte Abstimmung durchzuführen, um mit einfacher Mehrheit ein für das
237 Gremium
238 unverbindliches Votum zu beschließen.
239 (4) Das Frauen*, Inter- und Trans*-Personenvotum kann mit einem Veto verknüpft
240 werden. Weicht das Abstimmungsergebnis der Versammlung vom Votum des Frauen*,
241 Inter-
242 und Trans*-Personenforums ab, hat das Veto aufschiebende Wirkung. Der Antrag
243 kann erst bei der
244 nächsten Mitgliederversammlung wieder eingebracht werden. Ein erneutes Veto in
245 derselben Sache
246 ist nicht möglich. Die Verknüpfung eines Votums mit einem aufschiebenden Veto
247 muss den
248 versammelten Mitgliedern des Gremiums vor der Abstimmung bekanntgegeben werden.
249 §9 Zusammensetzung der Versammlung

250 Zu Beginn und auf Antrag auch während der Versammlung wird den Anwesenden
251 mitgeteilt, wie
252 viele Mitglieder aus den einzelnen Basisgruppen anwesend sind.
253 §10 Ausschluss der Öffentlichkeit
254 Die Landesmitgliederversammlung tagt in der Regel öffentlich. Bei Personalfragen
255 und
256 Angelegenheiten, die Persönlichkeitsrechte betreffen, wird die Öffentlichkeit
257 auf Wunsch einer
258 betroffenen Person ausgeschlossen.